
Verkündungsblatt

der Universität Duisburg-Essen - Amtliche Mitteilungen

Jahrgang 5

Duisburg/Essen, den 10. September 2007

Seite 457

Nr. 64

**Erste Ordnung zur Änderung der Prüfungsordnung
für das Master-Programm
Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung
an der Universität Duisburg-Essen**

Vom 4. September 2007

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) vom 31.10.2006 (GV. NRW. S. 474) hat die Universität Duisburg-Essen folgende Ordnung erlassen:

Artikel I

Die Prüfungsordnung für das Master-Programm Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung vom 25.07.2006 (Verkündungsblatt der Universität Duisburg-Essen - Amtliche Mitteilungen S. 395) wird wie folgt geändert:

In § 1 wird im Anschluss an den Absatz 2 folgender Absatz eingefügt:

„(3) Neben der Qualifikation nach Absatz 2 ist eine besondere studiengangbezogene Eignung nachzuweisen. Die Überprüfung der besonderen Eignung dient der Feststellung der Fähigkeiten und Kenntnisse, die zur erfolgreichen Durchführung des Studiums erforderlich sind. Näheres regelt die Ordnung für das Eignungsfeststellungsverfahren in den Master-Programmen „Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik“ und „Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung“ an der Universität Duisburg-Essen vom 07.09.2007.“

Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

Artikel II

Diese Ordnung findet auf alle Studierenden Anwendung, die sich erstmalig im Wintersemester 2007/2008 oder später für das Master-Programm Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung einschreiben.

Artikel III

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Verkündungsblatt der Universität Duisburg-Essen - Amtliche Mitteilungen in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des Fachbereichsrates des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften vom 09.08.2007 und 21.08.2007.

Duisburg und Essen, den 4. September 2007

Für den Rektor
der Universität Duisburg-Essen
Der Kanzler
In Vertretung
Eva Lindenberg-Wendler

